



---

Regierungsrat

Luzern, 27. Juni 2017

## STELLUNGNAHME ZU POSTULAT

**P 353**

Nummer: P 353  
Eröffnet: 19.06.2017 / Finanzdepartement  
Antrag Regierungsrat: 27.06.2017 / Ablehnung wegen Erfüllung  
Protokoll-Nr.: 744

### **Postulat Meyer Jörg und Mit. über die Einleitung eines breiten politischen Prozesses für eine nachhaltige und ausgewogene Finanzpolitik**

Der Regierungsrat hat die Kantonsratsparteien am 9. Juni 2017 ausserhalb der parlamentarischen Agenda über die anstehenden Schritte in der Finanzpolitik informiert. Im Zentrum standen die Eckwerte des Voranschlags 2017, der äusserst anspruchsvolle Budgetprozess 2018 und die mittelfristig nötigen Weichenstellungen.

Diese finanzpolitische Auslegeordnung fand im Rahmen der Dulliker-Gespräche statt, des traditionellen Treffens des Regierungsrates mit den Präsidien der im Kantonsrat vertretenen Parteien und Fraktionen. Gegenstand waren die Orientierung des Dulliker-Gremiums über die kurzfristigen Massnahmen zur Erlangung eines rechtskonformen Voranschlags 2017 und der Ausblick auf die Budgetprozesse 2018 und 2019. Wir legten dar, wie der finanzpolitische Normalzustand in drei Phasen wiederhergestellt werden soll.

Gemäss heutigem Planungsstand beträgt der Handlungsbedarf für den vom Postulanten genannten Zeitraum (2019-2022) jährlich durchschnittlich 70 Millionen Franken. Um dieses Volumen zu erreichen, sind in jedem Fall Gesetzesänderungen nötig, teils sind sie komplexer Natur: Auf der Traktandenliste stehen die Kostenteiler beim Wasserbau und bei den Ergänzungsleistungen, die Aufgaben- und Finanzreform 2018, die Überprüfung des kantonalen Finanzausgleichs und die Revision des kantonalen Steuergesetzes einschliesslich der kantonalen Anschlussgesetzgebung an die Steuervorlage 2017 des Bundes.

Die Vorgaben für 2019 sind im regulären Budgetprozess nicht realisierbar. Für die notwendige Auslegeordnung und die Planung der Haushaltsjahre ab 2019 ist der Einbezug des Dulliker-Gremiums und, themenbezogen, weiterer politischer Kräfte vorgesehen. Entsprechende Anregungen haben auch verschiedene Parteien bereits formuliert. Ein wichtiger Input für diese Phase wird die Analyse des Abstimmungsergebnisses vom 21. Mai 2017 sein, welche wir in Auftrag gegeben haben.

Wir beantragen, das Postulat im Sinne der obigen Ausführungen als erfüllt abzulehnen.